



Berlin, 27.03.2017

Präsidentschaftswahl in Frankreich

Nach langem Wahlkampf steht bald fest, wer in Frankreich der neue Präsident wird: Am 23. April steht für 44,6 Millionen französische Wähler der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahl an, bevor am 07. Mai dann die Stichwahl stattfindet.

In Frankreich wird der Präsident direkt vom Volk gewählt. Damit dies im ersten Wahlgang schon passiert, muss ein Kandidat über 50 % der Stimmen erhalten. Gelingt das nicht, stehen sich die zwei bestplatzierten Kandidaten der ersten Runde in einem zweiten Wahlgang gegenüber. Wer mehr Stimmen hat, wird Präsident. Um Kandidat zu werden, benötigt man 500 Unterschriften von Mandatsträgern aus mindestens 30 verschiedenen Departements (vergleichbar mit unseren Verwaltungsbezirken).

Elf Kandidaten haben das bis zum Stichtag am 18. März geschafft. In den Umfragen gibt es drei Favoriten: Marine Le Pen, Präsidentin der rechtsextremen *Front National*, und Emmanuel Macron, Präsident der sozial-liberalen Bewegung *En Marche!* sind konstant seit Wochen auf den zwei vorderen Plätzen, während der konservative François Fillon (*Les Républicains*) dicht dahinter folgt.

Zum ersten Mal in der fünften Republik hat der gegenwärtige Präsident, François Hollande, auf eine zweite Kandidatur verzichtet. Sein Parteinachfolger Benoit Hamon liegt in den Umfragen abgeschlagen auf Platz 4, auf einem Niveau mit Jean-Luc Mélenchon, Kandidat der *Parti de Gauche*, die für einen radikaleren Sozialismus steht.

Im Mittelpunkt des Wahlkampfs steht vor allem die weiterhin schwierige Wirtschaftslage Frankreichs: Die Arbeitslosenquote ist seit langem unverändert hoch, während die Staatsverschuldung nicht abgebaut wird. So wurde z.B. der Vorschlag von Hamon, ein Grundeinkommen einzuführen, viel diskutiert. Diskussionsstoff lieferte ebenso die Abschaffung der 35-Stunden-Woche sowie das Streichen von 500 000 Stellen im öffentlichen Dienst, was François Fillon anstrebt.

Nach Monaten der Unsicherheit und erneuten Anschlägen im Jahr 2016 bleibt Terrorismus ein Hauptthema der politischen Debatte. Bis Juli 2017 wurde der Ausnahmezustand verlängert. In diesem Zusammenhang setzen sich alle Favoriten des Wahlkampfs für eine Aufstockung der Polizeikräfte ein.

Eine Neuheit ist die klare Gegenüberstellung von zwei neuen politischen Akteuren, die zu keiner der traditionellen großen Parteien gehören und entgegengesetzte Meinungen zur EU vertreten. Während Le Pen mit ihrem Programm für den möglichen Austritt aus der EU und das Neuerlangen einer nationalen Souveränität wirbt, setzt sich Macron im Gegensatz dazu für „mehr Europa“ ein.

Mit dem Ende der Präsidentschaftswahl ist dann allerdings nur ein Wahltermin abgehakt. Mitte Juni finden die Parlamentswahlen statt, bei denen die 577 Mitglieder des französischen Parlaments gewählt werden.